

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Zollvereins-Niederlage,
Wilhelmstr. 13, 1.

Hinein in die Gewerkschaften!

In den letzten Wochen ist über den Nutzen der Gewerkschaften in der politischen und Gewerkschaftspresse in Folge der Debatte auf dem Kölner Parteitage so eifrig diskutiert worden, wie seit langer Zeit nicht. Aus den ganzen Debatten ergibt sich aber, daß von den in der Arbeiterbewegung stehenden Proletariern nicht ein einziger ist, der die gewerkschaftliche Organisation für überflüssig hält. Verschiedene Meinungen sind zu Tage getreten. Während von der einen Seite behauptet wird, die Widerstandskraft der gewerkschaftlichen Organisationen werde bei wachsender Konzentration des Kapitals erlahmen, wird von der anderen erklärt, daß gerade umgekehrt die Vereinigung der Arbeitsmittel und Kapitalien in wenigen Händen der Gewerkschaftsorganisation eine größere Macht geben wird. Das Letztere ist jedenfalls das Richtige. Und fast möchte es erscheinen, als wollte der Zufall die erstere Meinung durch Thatsachen widerlegen. In keiner Industrie und in keinem Lande ist die Kapitalkonzentration soweit vorgeschritten als in der englischen Kohlenindustrie. In keinem Lande aber hat auch die Arbeiterorganisation eine solche Macht erreicht als in England. Und die Arbeiterorganisation hat jene allmächtig scheinenden englischen Kohlenmagnaten, jene Millionäre, bezwungen. Kann durch Thatsachen die Meinung, daß der wachsenden Kapitalmacht gegenüber die Macht der Gewerkschaften erlahmen werde, besser widerlegt werden als durch diesen Sieg der englischen Kohlenarbeiter? Ja, nehmen wir Deutsche uns ein Beispiel daran, lernen wir daraus, daß Zähigkeit und Ausdauer erforderlich sind, um der Kapitalistenklasse auch nur wenige Zoll breit des Bodens abzugewinnen. Also darüber dürfte nicht mehr zu streiten sein, daß wir ohne Rücksicht auf die steigende Macht des Kapitals die Massen zu vereinigen, für den Klassenkampf und für den Kampf um die nothdürftigste Lebenshaltung zu organisiren haben. Und darüber sind sich auch alle Diejenigen einig, welche sich in den letzten Wochen an der Debatte über die Gewerkschaften betheiligt haben. Es giebt im deutschen Proletariat, wie diese Debatte zeigt, nur eine Meinung und die geht dahin, daß wir

unter allen Umständen der gewerkschaftlichen Organisation zur Führung des Klassenkampfes bedürfen. Nur über die weitere Leistungs- und Widerstandsfähigkeit dieser Organisationen gehen die Meinungen unwesentlich auseinander. Doch, das ist eine Sache, die vorläufig nicht in Betracht kommen kann. Wir wollen erst einmal die Gewerkschaften auf die Höhe bringen, welche sie nach Lage der Verhältnisse in Deutschland heute einnehmen könnten, und dann wird sich zeigen, welche Meinung die richtige ist.

Der Worte sind nunmehr genug gewechselt, jetzt wollen wir Thaten sehen. Jetzt mögen die Parteigenossen allerorts zeigen, ob sie nach wie vor dem alten Grundsatz unserer Partei getreu sind und sich strenge nach dem richten, was die oberste Instanz unserer Partei, der Parteitag, als Richtschnur giebt. Und diese höchste Instanz hat unzweideutig ausgesprochen, daß das Eintreten und dann selbstverständlich auch die Zugehörigkeit zu den gewerkschaftlichen Organisationen eine unbedingte Nothwendigkeit ist. Nun mögen die Parteigenossen diesem Auftrage Folge leisten und bald werden unsere gewerkschaftlichen Organisationen eine achtunggebietende Macht werden.

Und mehr als je ist es nothwendig, daran zu denken, Organisationen zu schaffen, die geeignet sind, dem täglich wachsenden Uebermuth des Unternehmerrthums eine Schranke zu bieten. Mehr als je glaubt das Unternehmerrthum, daß die Arbeiterklasse nur dazu da sei, ihm ein möglichst angenehmes Dasein zu schaffen. Die Herren glauben aber, nicht nur die Arbeitskraft des Arbeiters auszunutzen zu können, sondern sie wollen auch den Arbeiter geistig niederhalten; sie glauben, das Recht zu haben, Leib und Geist des Arbeiters in Sklavensketten halten zu können. In einem Lande, in welchem ein Mann wie der Eisenindustrielle Stumm es wagen kann, die Arbeiter seines Betriebes gleich Maschinentheilen zu betrachten, die auf seinen Wink sich bewegen und stillestehen; in einem Lande, wo die Regierung es wagen kann, die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter auf das Straßengpflaster zu werfen und verhungern zu lassen, weil

Der englische Bergarbeiterstreik.

Nach vierzehnwöchentlicher Dauer hat jetzt in England der riesigste wirtschaftliche Kampf, der je geführt worden, seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Vorläufig, denn noch läßt sich nicht mit Sicherheit voraussetzen, ob eine Einigung zwischen den Arbeitern und Unternehmern durch das zu bildende Schiedsgericht erzielt werden wird. Und doch haben die Arbeiter schon heute einen glänzenden Sieg zu verzeichnen. Einen Sieg, der einerseits beweist, daß die Gewerkschaftsorganisation auch bei größter Kapitalkonzentration nicht machtlos ist, und andererseits uns lehrt, daß bei der größeren Konzentration des Kapitals die Streiks nicht in 14 Tagen oder 4 Wochen zu gewinnen sind, sondern daß diese Kämpfe sowohl mit Rücksicht auf die Zahl der daran beteiligten Arbeiter, als auch der Dauer ständig an Ausdehnung zunehmen. Der englische Kohlengräberstreik beweist, daß die Macht des Kapitals ihre Grenze findet in der Macht der Arbeiterorganisation. Des Weiteren beweist er, daß die Ansicht, Streiks müßten in 14 Tagen oder höchstens 3 Wochen gewonnen werden, wenn sie überhaupt von Werth sein sollen, eine vollständig irrtümliche ist. Bei Angriffstreiks wenn dieselben in aller Stille vorbereitet werden, was aber kaum möglich ist, mag diese Meinung noch eine gewisse Berechtigung haben. Bei Abwehrstreiks ist sie jedenfalls irrtümlich. Bei Abwehrstreiks bereitet das Unternehmertum sich lange vorher für den Ausstand vor, in der festen Voraussetzung, daß es gelingen wird, die Arbeiter auszuhungern. Deswegen ist es ausgeschlossen, daß diese Kämpfe in wenigen Tagen oder in einigen Wochen zu Gunsten der Arbeiter beendet werden könnten. Auch der Ausstand der englischen Glasarbeiter bewies die Richtigkeit dieser Behauptung.

Entschieden ist bei dem englischen Kohlenarbeiterstreik der Streit noch nicht. Aber man kann erklären, daß die Unternehmer in dem Kampfe unterlegen sind. Nachdem einzelne kleine Unternehmer aus dem Ring ausgetreten waren und die Arbeit in ihren Gruben zu den alten Löhnen wieder hatten aufnehmen lassen, war es nur eine Frage ganz kurzer Zeit, daß auch die großen Unternehmer die beabsichtigte Lohnkürzung zurücknehmen mußten. Daß die englische Regierung sich bereit erklärte, in dem Streik als Schiedsrichter zu fungiren oder eine Vermittlerrolle zur Beendigung des Ausstandes zu übernehmen, geschah nicht etwa deshalb, weil man an dieser Stelle der Noth der Arbeiter ein Ende machen, sondern weil man den Unternehmern eine schmachliche Niederlage ersparen wollte. Die englische Regierung ist eine Vertreterin der Interessen der besitzenden Klassen so gut, wie alle anderen Regierungen und durchaus nicht geneigt, zu Gunsten der Arbeiter einzugreifen. Wollte sie dieses, dann hätte sie längst eingegriffen und die Unternehmer zwingen sollen, von der Lohnreduzierung abzusehen. Die Machtmittel, dieses zu erzwingen, stehen ihr ebenso wie anderen Regierungen zu Gebote. Man hat also durchaus keine Ursache, ein Loblied auf die englische Regierung zu singen, sie konnte schließlich nicht anders handeln, weil die Bergarbeiter

immer mehr die Sympathie des Publikums, nicht nur der Arbeiter, sondern auch der sogenannten besseren Kreise gewannen; ein Umstand, der in anderen Ländern, besonders aber in Deutschland mit seiner bornirten Bourgeoisie, unmöglich eintreten könnte. Wenn man sieht, mit welcher dicknäsigem Dummheit unsere Bourgeois, die von den englischen kaum das fashionable Spucken gelernt haben, solche Vorgänge, wie einen Arbeiterausstand, betrachten, dann kommt erst recht richtig zum Ausdruck, mit was für einer Sippe wir es in Deutschland zu thun haben. Die englische Regierung war genöthigt, mit dieser Sympathie des Publikums zu rechnen. Der Arbeiter wegen, die unter der Noth, die der Ausstand über sie gebracht hatte, schwer litten, hätte sie sich nicht zum Eingreifen verpflichtet gefühlt. Die Regierung hat nunmehr eine Verständigung dahin zuwege gebracht, daß bis zum 1. Februar 1894 die alten Löhne gezahlt werden sollen. Welche Lohnsätze von diesem Zeitpunkte ab gelten sollen, wird von einer Kommission, bestehend aus 14 Arbeitern und 14 Arbeitgebern, die sich einen unparteiischen Vorsitzenden wählen, festgesetzt. Sollten Arbeiter und Unternehmer sich nicht über die Person des Vorsitzenden einigen können, so wird dieser von dem Präsidenten des englischen Parlaments ernannt. Nach der Stimmung, die in Arbeiterkreisen herrscht, läßt sich voraussetzen, daß eine wesentliche Lohnkürzung mit dem 1. Februar nicht eintreten wird.

Der Ausstand hatte seine Ursache darin, daß die Unternehmer auf einer Konferenz, die am 30. Juni d. J. stattfand, forderten, die Arbeiter sollten sich eine 25prozentige Lohnreduzierung gefallen lassen. Den Unternehmern schien ihre Forderung insofern berechtigt, daß seit dem Jahre 1888 die Löhne der Bergarbeiter um 40 Prozent gestiegen waren. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, und das wird von den Gegnern der Arbeiter immer wohlweislich verschwiegen, daß die Löhne 1888 so niedrig waren, daß die Bergarbeiter auf der Grenze zwischen der nothdürftigsten Lebensstellung und dem Verhungern standen. Es können diese Löhne unter keinen Umständen als Maßstab genommen werden, und mit Recht erklären die Arbeiter die jetzigen Löhne als Minimallohne, unter die nicht heruntergegangen werden darf. Es kommt dann weiter in Betracht, daß nach dieser Lohnerhöhung den Arbeitern eine Reihe Nebenarbeiten übertragen worden sind, die sie früher nicht zu machen brauchten. Infolgedessen stellte sich der Lohn der Bergarbeiter im Durchschnitt nur wenig über M. 20 pro Woche. Und daß dies ein miserabler Lohn für einen Bergarbeiter ist, wird kein vernünftiger Mensch in Abrede stellen. Für die Arbeiter war die Forderung der Unternehmer, den Lohn um 25 Prozent zu kürzen, nichts anderes, als wieder zu dem Zustande vor 1888, zum langsamen Hungertode verurtheilt zu werden. Es war für sie ein Kampf der Verzweiflung, den sie begannen; denn einem Leben, wie sie es vor 1888 zu führen hatten, war der kürzere Hungertod vorzuziehen. Und sie nahmen diesen Kampf mit Muth und der den Engländern

sie es wagen, ihre Menschenrechte in Anspruch zu nehmen, in einem solchen Lande ist es eine unabwehrbare Nothwendigkeit, daß die Arbeiter sich in festen Organisationen verbinden. Nur dann werden Dinge wie die genannten zur Unmöglichkeit werden. Nur dann haben die Arbeiter die Aussicht, das auf ihnen lastende Joch abschütteln zu können. Man sagt nicht mit Unrecht, einem Jeden wird die Behandlung zu Theil, die er verdient. Wollen wir einer solchen Behandlung, wie sie der Arbeiterklasse in dem allerchristlichsten Staate Deutschland zu Theil wird, wollen wir der Knechtung der Arbeitermassen ein Ende machen, dann müssen wir uns organisiren, dann müssen wir dem Gegner nicht nur die Klinte der Gesetzgebung aus der Hand zu reißen suchen, sondern müssen ihn an seiner empfindlichsten Stelle angreifen und ihm Vortheile auf dem wirthschaftlichen Gebiete abzurufen suchen. Was würde es uns helfen, wenn wir endlich den Sieg auf dem politischen Gebiet errungen, wenn wir die Gesetzgebung in der Hand haben, und Diejenigen, denen dann geholfen werden soll, sind geistig und körperlich so heruntergekommen, daß ihnen dann die Vortheile, die in Aussicht stehen, nichts mehr nützen können? Und dieser Zustand wird eintreten, wenn wir fortfahren, dem ausbeuterischen Treiben des Unternehmertums zuzusehen, ohne die Mittel anzuwenden, die gegeben sind, um der geistigen und körperlichen Verelendung der Arbeiterklasse vorzubeugen. Und diese Mittel finden sich in der wirthschaftlichen, in der gewerkschaftlichen Organisation.

Was sind denn die winzigen Vortheile auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung? Was thut denn die Unternehmerklasse durch ihre Vertreter in der Gesetzgebungsmaschine, im Parlament, um den Leiden der Arbeiterklasse zu steuern? Nichts und abermals nichts! Alle Gesetze, die gemacht werden, haben nur eine Tendenz, die Interessen der Unternehmer zu wahren und die Rechte der Arbeiter zu beschneiden. Ab und zu wirft man den Arbeitern einen Brocken hin, der sich bei näherem Zusehen als ungenießbar erweist. Und so wird die Sache noch lange fortgehen. Da ist noch keine Aussicht auf Besserung vorhanden. Wir aber dürfen einem solchen Spiel nicht zusehen, sondern müssen uns nach unserem alten Grundsatz richten, daß wir uns selbst zu helfen haben, daß wir dem wirthschaftlichen Gegner das, was wir ihm auf dem Wege der Gesetzgebung noch nicht abzurufen vermögen, durch den wirthschaftlichen Kampf abringen. Und das können wir, wenn wir es wollen. Dann dürfen wir aber nicht, wie bisher, die gewerkschaftlichen Organisationen als etwas Gutes ansehen und ihnen trotzdem fernbleiben, sondern wir müssen in ihnen als Mitglieder sein, in ihnen wirken und sie finanziell unterstützen. Finanziell unterstützen heißt aber nicht, wenige Pfennige Beitrag bezahlen, sondern heißt, so viel zu leisten, als nothwendig ist, um die Gewerkschaft in den Stand zu setzen, allen an sie herantretenden Anforderungen genügen zu können. Und diese Anforderungen sind große. Die deutschen

Arbeiter müssen zu der Einsicht kommen, daß die Beiträge für die Gewerkschaften für sie ebenso nothwendig sind, als die Beiträge, welche sie zahlen, um sich im Krankheitsfalle eine Unterstützung zu sichern. Ebenso und noch besser als die Krankenkassen wirken die Gewerkschaften, wenn sie so ausgestattet werden, daß sie ihrer Aufgabe gerecht werden können. Der Arbeiter zahlt seine Beiträge in die Krankenkasse, wenn es ihm oft auch schwer fällt, in dem Bewußtsein, daß er sich dadurch eine Unterstützung sichert, wenn bei ihm infolge der Krankheit die Noth am größten ist. Er hält diese Einrichtung für etwas Gutes und Selbstverständliches. Aber die Gewerkschaftsorganisation scheint ihm nicht so nothwendig und selbstverständlich. Und doch ist sie es ebenso, ja noch in weit höherem Maße. Die meisten Krankheiten der Arbeiter sind heute eine Folge der übermäßigen Anstrengung, der langen Arbeitszeit und der mangelhaften Ernährung infolge des geringen Arbeitsverdienstes. Und da gerade sucht ja die Gewerkschaft eine Aenderung herbeizuführen. Sie strebt darnach, die Arbeitszeit zu verkürzen, die Akkordarbeit, die am Marke des Arbeiters zehrt, zu beseitigen und den Lohn so zu heben, daß er dem Arbeiter eine ausreichende Ernährung gewährt. Und gelingt dieses, so wird dadurch der Krankheit des Arbeiters vorgebeugt. Es sind also die Gewerkschaften nicht nur ebenso nützliche Institute als die Krankenkassen, sondern sie sind erheblich nothwendiger und nützlicher. Sie stehen gegenüber den Krankenkassen in demselben Verhältnis wie die Sozialgesetzgebung des Reiches zu der Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter, wie wir sie fordern und zu fordern berechtigt sind.

Wir wollen den Arbeiter vor Ausbeutung geschützt wissen, damit er nicht krank und invalide wird, und die Reichsgesetzgebung sucht ihm eine Unterstützung zu sichern, wenn er durch die maßlose Ausbeutung der Unternehmer krank oder zum Krüppel geworden ist. Damit ist dem Arbeiter nicht gedient. Aber die Kapitalistenklasse sitzt noch immer im Rohr und schneidet die Pfeifen, nach deren Ton der Arbeiter tanzen muß. Und er wird so lange nach der Pfeife der Unternehmer zu tanzen haben, als er nicht zu dem Bewußtsein erwacht, daß er als Schöpfer alles Dessen, was die Gesellschaft zu ihrer Erhaltung nothwendig hat, die Melodie zu pfeifen hat, nach der Diejenigen zu tanzen haben, die er mit seiner Hände- oder seiner Geistesarbeit erhält. Man mache nur Augen und Ohren auf und sehe und höre, mit welcher Frechheit Diejenigen den Arbeiter verhöhnern und mit Füßen treten, die von ihm leben, und man wird keinen Augenblick zaubern, zu den Mitteln zu greifen, die solche himmelschreienden Zustände zu beseitigen vermögen. Und solche Mittel sind der Kampf um die politische Macht und der Kampf um wirthschaftliche Vortheile. Darum mögen Alle, die sich nicht mehr mit Füßen treten und nebenbei noch verhöhnern lassen wollen, des Mahnrufes eingedenk sein: **Sine in in die Gewerkschaften!**

NB. Wir bitten um gefälligen Abdruck dieses Aufrufs.

eigenthümlichen Fähigkeit auf. Mehr als 300000 Vergleute traten im Anfang August d. J. in den Ausstand, wodurch mehrere Hunderttausend Arbeiter der vom Kohlenbergbau abhängigen Industrien in Mitleidenschaft gezogen wurden. Der Plan der Leiter des Ausstandes ging ursprünglich dahin, sämtliche Kohlenarbeiter Englands zum Ausstand zu bringen, doch scheiterte dieser Plan an der Kurzsichtigkeit der Führer der Bergarbeiter in einzelnen Distrikten, die eine besondere Organisation, die nicht zur Bergarbeiter-Föderation für Großbritannien gehörten, hatten. Trotzdem hat noch selten ein Ausstand ein so geschlossenes und festes Vorgehen der beteiligten Arbeiter gezeigt, wie dieser. Als ein besonderes Zeichen muß an diesem Ausstand hervorgehoben werden, daß die Ausständigen nicht an ihre ausländischen Arbeitsgenossen appellirt und um Unterstützung gebeten haben. Ein Vertreter der englischen Arbeiter konnte auf dem internationalen Kongreß in Zürich, als der Sympathieerklärung des Kongresses eine Sammlung für die ausgesperrten englischen Vergleute folgte, erklären, daß die Engländer den Ertrag der Sammlung als ein Zeichen internationaler Solidarität annehmen wollten, daß sie der ausländischen Hilfe aber noch nicht bedürftig wären. Eine solche Erklärung angesichts von 300000 Ausständigen mit ihren Familien abgeben zu können, ist ein Beweis dafür, wie sehr sich die englischen Arbeiter auf ihre Organisationen zu stützen geneigt sind. Und ihre Hoffnung hat sie in diesem Falle nicht betrogen. Die Unternehmer waren trotz der Nothlage der Arbeiter gezwungen, die Lohnkürzung vorläufig zurückzuziehen. Vor der erwähnten Vereinbarung hatten schon Konferenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern stattgefunden, in welchen die Letzteren eine geringere Lohnreduzierung

zugestehen und schließlich die Sache einem Schiedsgericht unterbreiten wollten, das über die Lohnhöhe Bestimmungen treffen sollte. Bis zur Entscheidung des Schiedsgerichtes wollten sie den Betrag des gekürzten Lohnes auf einer Bank deponiren, damit ihn die Arbeiter erhalten könnten, falls das Schiedsgericht zu ihren Gunsten entscheiden würde. Immer aber setzten sie hierbei voraus, daß die Löhne zu kürzen seien; denn sie behaupten, daß sie Lieferungsverträge abgeschlossen hätten, die einen um 25 Prozent niedrigeren Lohn voraussetzten, als er bisher gezahlt worden war. Die Arbeiter aber blieben fest; denn sie wollten entschieden nicht auf eine Lohnreduzierung eingehen und erklärten mit Recht, daß die Unternehmer nicht berechtigt seien, die Arbeitskraft des Arbeiters zu verkaufen, ehe sie dieselbe selbst käuflich erworben hätten. Nunmehr soll allerdings das einzusetzende Schiedsgericht entscheiden, wie hoch die Löhne nach dem 1. Februar sein sollen, aber damit, daß die Unternehmer bis dahin die alten Lohnsätze zahlen wollen, haben sie den Einwand, daß sie durch Lieferungsverträge gebunden seien, aus der Hand gegeben. Das ist entschieden Beweis genug, daß diese Aussperrung seit langem vorbereitet war, um die Arbeitslöhne dauernd zu drücken. Diese Absicht ist durch das energische Festhalten der Bergarbeiter vereitelt worden und wird wohl auch für die Zukunft vereitelt werden. Der Ausstand selbst giebt uns nicht nur ein schönes Bild von Opfermuth und Solidarität, sondern er ist auch geeignet, alle die, welche in der gewerkschaftlichen Organisation eine treue Hüterin der Rechte der Arbeiter sehen, mit neuem Muth und neuen Hoffnungen zu erfüllen. Mögen die Lehren dieses Ausstandes besonders in Deutschland beherzigt werden.

Aufruf an die Gewerkschaftsvereine Deutschlands.

Im Auftrage der Gewerkschafts-Kommission Oesterreichs erlaube ich mir, die Gewerkschaften Deutschlands freundlichst zu unserem vom 24. bis inklusive 27. Dezember d. J. in Wien stattfindenden ersten österreichischen Gewerkschafts-Kongreß einzuladen. Ich glaube, nicht erst auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und

österreichischen Proletariat hinweisen zu dürfen, weshalb wir uns auch der Hoffnung hingeben, einige Vertreter in unserer Mitte willkommen zu heißen.

Mit kollegialischem Gruß für die Gewerkschafts-Kommission Oesterreichs.

Eduard Kleedorfer, Sekretär,
Wien VII/1, Neubaugasse 65.

Warnung.

Der Genosse J. Meyer in Gelsenkirchen theilt uns mit der Bitte um Veröffentlichung mit, daß in der Nacht vom 3. zum 4. Dezember zwei Stempel, lautend auf: 1. J. Meyer, Gelsenkirchen, Friedrichstr. 47; 2. H. Hinninghaus, Gelsenkirchen,

Friedrichstr. 47, gestohlen worden sind. Der Stempel von Meyer ist oval, der von Hinninghaus in Quadratform. Da anzunehmen ist, daß die Stempel dazu benutzt werden, die Genossen zu brandschlagen, ersuchen wir Jeden, darauf zu achten.

Situationsbericht.

Der Streik in den Gerbereien Wiens ist nach 21 wöchentlicher Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Es wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag, die Sonntagruhe und 5 bis 10 pZt. Lohnverhöhung erreicht.

Eine größere Zahl Gemafregelalter sind zu unterstützen, da die Fabrikanten dieselben nicht mehr aufnehmen und ein Streik deshalb aussichtslos gewesen wäre.

In der Schuhwaarenfabrik von Ochsenhirt & Behrens in Offenbach a. M. ist am 2. Dezember ein Streik ausgebrochen. 31 Arbeiter befinden sich im Ausstand; Zugang ist fernzuhalten.

Die Generalkommission.